V-25 Schützen statt aussperren – Plattformen regulieren, Grundrechte wahren, kein pauschales Social-Media-Verbot für Jugendliche

Gremium:	BAG Digitales und Medien
Beschlussdatum:	29.03.2026
Tagesordnungspunkt:	V TOP 10 - Verschiedenes (1/2)

Antragstext

Die folgenden Forderungen basieren auf dem Positionspapier der BAG Digitales und Medien. Es ist das Ergebnis eines mehrmonatigen Prozesses, in den Wissenschaftler*innen, Eltern, junge Menschen sowie Delegierte aus allen Bundesländern einbezogen waren. (Verlinken des Papiers hier)

Die Bundesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Bündnis 90/Die Grünen nehmen die Sorgen um die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen, um belastende und traumatisierende Inhalte sowie um suchtfördernde Mechanismen auf digitalen Plattformen sehr ernst. Diese Sorgen verlangen entschlossenes politisches Handeln. Ein pauschales Social-Media-Verbot für Minderjährige ist dafür jedoch der falsche Weg: Es greift unverhältnismäßig in Grundrechte ein, entlässt die Plattformkonzerne aus ihrer Verantwortung und schließt junge Menschen von digitaler Teilhabe aus. Wir setzen stattdessen auf wirksame, grundrechtskonforme und europäisch abgestimmte Instrumente, die bei den Ursachen ansetzen: bei der Gestaltung der Plattformen.

1. Evidenzbasiert handeln

Politische Maßnahmen mit derart weitreichenden Eingriffen müssen auf einer belastbaren wissenschaftlichen Grundlage stehen. Die Forschung zeigt bislang nur geringe oder uneinheitliche Zusammenhänge zwischen Social-Media-Nutzung und psychischer Gesundheit; die Wirkungen unterscheiden sich stark von Person zu Person. Wir fordern daher:

- keine Verbotspolitik ohne robuste, kausale Evidenzbasis;
- die konsequente Umsetzung und Ausweitung des Datenzugangs für unabhängige Forschung nach Art. 40 DSA, einschließlich verpflichtender Schnittstellen (API-Zugang) der Plattformbetreiber;
- eine verstärkte Forschungsförderung, insbesondere für die bislang vernachlässigte Altersgruppe unter zehn Jahren.

2. Grundrechte und Kinderrechte wahren

Soziale Medien sind für viele junge Menschen zentrale Informationsquelle und Raum politischer Meinungsbildung. Ein pauschales Verbot berührt die Informations- und Meinungsfreiheit (Art. 5 Abs. 1 GG), und die zur Durchsetzung nötige Identitätsprüfung gefährdet die informationelle Selbstbestimmung aller

Nutzer*innen. Die UN-Kinderrechtskonvention (Art. 17) schützt ausdrücklich den Zugang von Kindern zu Medien und Informationen. Wir fordern daher:

- eine klare Absage an jedes Regulierungsmodell, das den verfassungsrechtlichen Grundsatz der Verhältnismäßigkeit verletzt;

3. Plattformen in die Pflicht nehmen – den Digital Services Act durchsetzen

Das Kernproblem ist nicht die Nutzung sozialer Medien an sich, sondern bewusst gewählte Design-Entscheidungen der Plattformen: endloses Scrollen, Push-Benachrichtigungen, Gamifizierung und auf maximale Aufmerksamkeitsbindung optimierte Algorithmen. Diese Mechanismen schaden Menschen aller Altersgruppen. Wie im Straßenverkehr Airbags und Sicherheitsgurte, brauchen wir eine sichere Plattformarchitektur. Der Digital Services Act bietet mit Art. 28 bereits heute wirksame Instrumente für den Jugendschutz, die jedoch unzureichend durchgesetzt werden. Wir fordern:

- die konsequente Durchsetzung des DSA, insbesondere ein striktes Vorgehen gegen suchterzeugende Dark Patterns, manipulative Empfehlungssysteme und die Verbreitung radikalisierender Inhalte;
- Schutzstandards für alle: bewährte Funktionen wie Opt-in-Regelungen, Graustufenmodus und Filter für nicht jugendfreie Inhalte sollen allen Nutzer*innen zur Verfügung stehen;
- algorithmisch kuratierte Feeds nur nach ausdrücklicher Einwilligung (Opt-in) statt als Standardeinstellung;
- Schutzpflichten für Minderjährige unabhängig von Größe und Marktanteil der Plattform;
- eine stärkere Inpflichtnahme der Plattformen bei strafbaren Inhalten sowie die Prüfung des Providerprivilegs und einer wirtschaftlichen Trennung von Inhalt und Infrastruktur;
- die Förderung europäischer, gemeinwohlorientierter Social-Media-Alternativen sowie die gezielte Verbesserung kindgerechter Versionen bestehender Dienste;
- keine algorithmische Benachteiligung externer Verlinkungen durch die Plattformen.

4. Gesellschaftliche Resilienz und Medienkompetenz stärken

Die psychische Belastung junger Menschen hat viele Ursachen, darunter Klimaangst, die Folgen der Pandemie und wirtschaftliche Unsicherheit. Wer ihre Gesundheit schützen will, darf die Mittel für psychische Gesundheitsversorgung nicht kürzen. Echte Resilienz entsteht durch Medienkompetenz: die Fähigkeit,

Algorithmen zu durchschauen und souverän mit Desinformation umzugehen. Wir fordern:

- Medienkompetenz als fächerübergreifendes Querschnittsthema in Schulen sowie strukturell in der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften und in der Jugendarbeit zu verankern;
- niedrigschwellige Bildungsangebote für Erwachsene und gezielte Programme für Mädchen, FLINTA* sowie LGBTQI*-Jugendliche auszubauen;
- herstellerunabhängige, nicht-kommerzielle Bildungsangebote sicherzustellen und die Monetarisierung etwa von Gesundheits- oder Bildungsinhalten an redaktionelle Qualitätsstandards zu knüpfen;
- einen Nationalen Fonds für Medienkompetenz einzurichten, finanziert durch eine Digitalabgabe bzw. eine Besteuerung der Onlinewerbung großer Plattformen;
- das digitale Ehrenamt durch rechtliche Anerkennung und angepasste steuerliche Rahmenbedingungen zu stärken.

5. Einen kohärenten europäischen Rahmen für Altersgrenzen schaffen

Heute gelten in Deutschland und Europa zahlreiche, teils widersprüchliche Altersgrenzen: in den Nutzungsbedingungen der Plattformen, im Jugendmedienschutz, im Datenschutzrecht (Art. 8 DSGVO) und in aktuellen Verbotsdebatten. Diese Zersplitterung verunsichert Jugendliche, Eltern und Anbieter gleichermaßen. Wir fordern:

- keine unilaterale nationale Altersgrenzen-Politik; die vollharmonisierende Wirkung des DSA ist zu beachten;
- eine kohärente, europaweit einheitliche und durchsetzbare Regelung, die bestehende Widersprüche auflöst – verankert im angekündigten Digital Fairness Act;
- eine verbindliche europäische Definition dessen, was „altersgerecht“ bedeutet.

6. Freiheitsräume bewahren – Identitätspflichten ablehnen!

Wir lehnen es ab, den Zugang zum digitalen öffentlichen Raum schleichend an Identitätsnachweise zu koppeln. Ein solcher „digitaler Türsteher“ gefährdet die offene Architektur des Internets und die Freiheitsrechte aller. Sollte eine Altersverifikation in spezifischen Hochrisikobereichen außerhalb der Social-Media-Regulierung rechtlich unumgänglich sein, ist die EUDI-Wallet mit Zero-Knowledge-Proofs und Selective Disclosure die datenschutzfreundlichste verfügbare Option, weil sie nur ein Attribut wie „über 18“ bestätigt, ohne die Identität offenzulegen. Auch dann bleibt sie Ultima Ratio und darf nicht zur flächendeckenden Kontrollinfrastruktur indem sie verpflichtend für Plattform Nutzung werden.

Einfache Sprache

Schützen statt aussperren

Darum geht es in diesem Antrag:

Wir wollen Kinder und Jugendliche im Internet schützen.

Aber wir wollen ihnen Social Media nicht verbieten.

Stattdessen sollen die Firmen hinter den Apps strengere Regeln bekommen.

Was ist das? Social Media: Das sind Apps und Webseiten, auf denen Menschen Bilder, Videos und Texte teilen. Zum Beispiel Instagram, TikTok oder YouTube.

Was ist das? Plattform: Das ist ein anderes Wort für so eine App oder Webseite. Mit „Plattform" ist oft auch die Firma gemeint, der die App gehört.

Woher kommt dieser Antrag?

Eine Arbeitsgruppe der Grünen hat ihn geschrieben.

Die Gruppe heißt: BAG Digitales und Medien.

Viele Menschen haben mehrere Monate daran mitgearbeitet: Forscher*innen, Eltern, junge Menschen und Grüne aus allen Bundesländern.

(Verlinken des Papiers hier)

Was ist das? BAG: Das heißt Bundesarbeitsgemeinschaft. Das ist eine Gruppe in der Partei. Sie beschäftigt sich mit einem bestimmten Thema.

Was soll beschlossen werden?

Über den Antrag stimmt die Bundesdelegiertenkonferenz ab.

Was ist das? Bundesdelegiertenkonferenz: Das ist das große Treffen der Grünen aus ganz Deutschland. Dort entscheidet die Partei über ihre Meinung.

Unsere Meinung in Kürze

Wir machen uns Sorgen um Kinder und Jugendliche.

Vielen von ihnen geht es seelisch nicht gut.

Im Internet sehen sie manchmal schlimme Dinge.

Und manche Apps sind so gemacht, dass man nicht mehr aufhören kann.

Darum muss die Politik etwas tun.

Aber ein Verbot ist der falsche Weg.

Ein Verbot hat 3 große Nachteile:

1. Es nimmt jungen Menschen wichtige Rechte weg.
2. Die Firmen müssen dann nichts mehr ändern.
3. Junge Menschen sind von der digitalen Welt ausgeschlossen.

Wir wollen lieber die Apps selbst sicherer machen.

Diese Regeln sollen in ganz Europa gelten.

1. Erst forschen, dann handeln

Ein Verbot ist eine sehr große Entscheidung.

Dafür braucht man gute Beweise.

Die Forschung sagt aber bis jetzt: Es ist nicht klar, ob Social Media krank macht.

Bei manchen Menschen schadet es. Bei anderen hilft es. Bei vielen macht es keinen Unterschied.

Das fordern wir:

- Kein Verbot ohne klare Beweise.
- Forscher*innen sollen die Daten der Apps anschauen dürfen. So können sie besser verstehen, was die Apps mit Menschen machen.
- Mehr Geld für Forschung. Vor allem über Kinder unter 10 Jahren. Über diese Kinder weiß man noch sehr wenig.

2. Rechte schützen

Was ist das? Grundrechte: Das sind die wichtigsten Rechte, die alle Menschen in Deutschland haben. Sie stehen im Grundgesetz. Das Grundgesetz ist die wichtigste Regel in Deutschland.

Ein Grundrecht ist zum Beispiel: Jeder Mensch darf sich frei informieren. Und jeder darf seine Meinung sagen.

Für viele junge Menschen ist Social Media sehr wichtig.

Dort erfahren sie Neuigkeiten. Dort reden sie über Politik.

Ein Verbot würde ihnen das wegnehmen.

Es gibt noch ein Problem: Bei einem Verbot müssten alle Menschen zeigen, wie alt sie sind. Also auch Erwachsene.

Dafür müssten sie zum Beispiel ihren Ausweis zeigen. Das ist schlecht für den Datenschutz.

Was ist das? Datenschutz: Meine persönlichen Daten gehören mir. Zum Beispiel mein Name, mein Alter oder meine Adresse. Andere dürfen sie nicht einfach sammeln.

Auch die Vereinten Nationen sagen: Kinder haben ein Recht auf Informationen. Das steht in der UN-Kinderrechtskonvention.

Was ist das? UN-Kinderrechtskonvention: Das ist ein Vertrag zwischen fast allen Ländern der Welt. Darin stehen die Rechte von Kindern.

Das fordern wir:

- Keine Regeln, die zu stark in die Rechte der Menschen eingreifen.

3. Die Firmen müssen mehr tun

Das Problem ist nicht Social Media an sich.

Das Problem ist, wie die Firmen ihre Apps bauen.

Viele Apps haben Tricks, damit man möglichst lange bleibt:

- Man kann immer weiter nach unten wischen. Es hört nie auf.
- Das Handy meldet sich ständig mit neuen Nachrichten.
- Man bekommt Punkte und Belohnungen, wie in einem Spiel.
- Ein Computer-Programm sucht genau die Videos aus, die einen am längsten festhalten.

Was ist das? Algorithmus: Das ist ein Computer-Programm. Es entscheidet, welche Beiträge man in der App sieht.

Diese Tricks schaden Menschen in jedem Alter. Nicht nur Kindern.

Ein Vergleich:

Im Auto gibt es Gurte und Airbags. Sie schützen uns.

Genauso sollen Apps von Anfang an sicher gebaut sein.

Es gibt schon ein gutes Gesetz:

Die EU hat ein Gesetz für Plattformen gemacht. Es heißt: Digital Services Act, kurz DSA.

Darin stehen schon Regeln zum Schutz von Jugendlichen.

Aber die Regeln werden nicht streng genug kontrolliert.

Was ist das? Digital Services Act (DSA): Das ist ein Gesetz der Europäischen Union. Es gilt in allen EU-Ländern. Es sagt, welche Pflichten große Internet-Firmen haben.

Das fordern wir:

- Die Regeln aus dem DSA müssen streng kontrolliert werden. Besonders gegen Tricks, die süchtig machen. Und gegen Inhalte, die Menschen extrem und gefährlich denken lassen.
- Gute Schutz-Funktionen soll es für alle geben. Zum Beispiel: Man kann den Bildschirm grau machen. Dann ist die App weniger spannend. Oder es gibt Filter gegen Inhalte, die nicht für Kinder sind.
- Der Algorithmus soll nur dann Beiträge aussuchen, wenn man vorher Ja sagt. Am Anfang soll er immer ausgeschaltet sein.

Was ist das? Opt-in: Eine Funktion ist erst aus. Man muss sie selbst einschalten.

- Alle Plattformen müssen Kinder schützen. Auch kleine Plattformen.
- Die Firmen sollen mehr Verantwortung für verbotene Inhalte übernehmen. Zum Beispiel für Beleidigungen oder Gewalt-Videos. Heute haften sie dafür oft nicht. Wir wollen prüfen, ob das so bleiben soll.
- Es soll mehr europäische Apps geben, die den Menschen dienen. Nicht nur dem Geld. Kinder-Versionen von Apps sollen besser werden.
- Die Apps sollen Beiträge mit Links zu anderen Webseiten nicht verstecken dürfen.

4. Menschen stark machen

Viele junge Menschen haben Sorgen. Zum Beispiel wegen der Klimakrise. Oder wegen der Corona-Zeit. Oder weil ihre Familie wenig Geld hat.

Wer jungen Menschen helfen will, darf nicht bei Hilfe für die Seele sparen. Zum Beispiel bei Beratung oder Therapie.

Wichtig ist auch Medienkompetenz.

Was ist das? Medienkompetenz: Man weiß, wie das Internet funktioniert. Man versteht, warum man bestimmte Beiträge sieht. Und man kann falsche Nachrichten erkennen.

Was ist das? Desinformation: Das sind falsche Nachrichten. Jemand verbreitet sie mit Absicht.

Das fordern wir:

- Medienkompetenz soll in allen Schulfächern vorkommen. Lehrkräfte sollen dafür gut ausgebildet werden. Auch in Jugendtreffs soll es das Thema geben.
- Mehr einfache Kurse für Erwachsene.
- Besondere Angebote für Mädchen, für FLINTA* und für queere Jugendliche.

Was ist das? FLINTA*: Das steht für: Frauen, Lesben, inter Personen, nicht-binäre Personen, trans Personen und agender Personen. Das sind Menschen, die oft benachteiligt werden.

Was ist das? Queer: Das ist ein Wort für Menschen, die nicht heterosexuell sind. Oder die sich nicht als Mann oder Frau fühlen, wie es bei der Geburt gesagt wurde.

- Die Kurse sollen nicht von Firmen kommen, die damit Geld verdienen wollen.
- Wer mit Videos über Gesundheit oder Bildung Geld verdient, soll sich an Regeln für gute Qualität halten.
- Es soll einen Geld-Topf für Medienkompetenz geben. Das Geld sollen die großen Internet-Firmen bezahlen. Zum Beispiel über eine Steuer auf ihre Werbung.

Was ist das? Fonds: Das ist ein Geld-Topf für einen bestimmten Zweck.

- Menschen, die ehrenamtlich im Internet helfen, sollen mehr Anerkennung bekommen. Und sie sollen weniger Steuern zahlen müssen.

Was ist das? Ehrenamt: Man arbeitet freiwillig und bekommt kein Geld dafür.

5. Gleiche Altersgrenzen in ganz Europa

Heute gibt es viele verschiedene Altersgrenzen.

Die Apps haben eigene Regeln. Das Jugendschutz-Gesetz hat andere Regeln. Das Datenschutz-Gesetz hat wieder andere Regeln.

Manche Regeln passen nicht zusammen.

Das ist verwirrend für Jugendliche, Eltern und Firmen.

Das fordern wir:

- Deutschland soll keine eigenen Altersgrenzen machen. Das Internet hört nicht an der Grenze auf. Außerdem gilt der DSA schon in der ganzen EU gleich.
- Eine gemeinsame Regel für ganz Europa. Sie soll klar sein und kontrolliert werden. Sie soll in einem neuen EU-Gesetz stehen. Das Gesetz heißt: Digital Fairness Act.

Was ist das? Digital Fairness Act: Das ist ein neues Gesetz. Die EU plant es gerade. Es soll Menschen im Internet besser schützen.

- Die EU soll genau sagen, was „passend für ein bestimmtes Alter" bedeutet.

6. Freiheit im Internet – keine Ausweis-Pflicht

Wir wollen nicht, dass man für das Internet immer einen Ausweis braucht.

Das wäre wie ein Türsteher vor dem Internet.

Das ist schlecht für die Freiheit von allen.

Eine Ausnahme:

Manchmal muss man vielleicht doch zeigen, wie alt man ist. Zum Beispiel bei besonders gefährlichen Angeboten. Damit ist aber nicht Social Media gemeint.

Dann gibt es eine gute Lösung: die EUDI-Wallet.

Was ist das? EUDI-Wallet: Das ist eine digitale Brieftasche auf dem Handy. Die EU entwickelt sie gerade. Man kann damit zeigen, dass man zum Beispiel über 18 ist. Die App verrät dabei aber nicht den Namen oder das Geburtsdatum. Nur die Antwort: „Ja, über 18."

Aber auch diese Lösung soll nur die letzte Möglichkeit sein.

Sie darf keine Pflicht werden, um Social Media zu nutzen.

Sonst könnte man alle Menschen im Internet kontrollieren.

Warum wir das fordern

Die Sorgen um Kinder im Internet sind berechtigt.

Aber in der Debatte wird oft übertrieben.

Dann wollen Politiker*innen schnelle Lösungen. Diese Lösungen sehen gut aus, helfen aber wenig.

Wir Grüne wollen Politik machen, die auf Forschung beruht.

Was die Forschung sagt:

Forscher*innen haben viele Studien zusammen ausgewertet.

Das Ergebnis: Social Media macht nicht eindeutig krank.

Oft ist es umgekehrt: Wer schon traurig oder belastet ist, nutzt Social Media mehr.

Eine Studie hat Jugendliche einzeln untersucht. Das kam heraus:

- Etwa 1 von 4 Jugendlichen geht es durch Social Media besser.
- Etwa 1 von 4 Jugendlichen geht es durch Social Media schlechter.
- Bei fast der Hälfte macht es keinen Unterschied.

Klar ist auch: Social Media hat gute Seiten.

Junge Menschen finden dort Freund*innen. Sie finden heraus, wer sie sind. Sie machen bei Politik mit. Sie lernen voneinander.

Das ist besonders wichtig für queere Jugendliche. Und für andere Gruppen, die oft benachteiligt werden. Für sie ist das Internet oft ein sicherer Ort.

In den USA wollen manche Gruppen Altersperren. Eine davon heißt Heritage Foundation. Diese Gruppe kämpft auch gegen die Rechte von queeren Menschen.

Warum ein Verbot schadet:

Mehr als 1 von 3 jungen Menschen erfährt Neuigkeiten vor allem über Social Media.

Ein Verbot würde sie davon abschneiden.

Und alle müssten ihr Alter beweisen. Das gefährdet die Daten von allen Menschen.

Auch eine wichtige Behörde für Jugendschutz sagt: Ein komplettes Verbot geht zu weit. Die Behörde heißt: Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz.

In Australien gibt es schon ein Verbot. Dort sieht man: Viele Jugendliche umgehen das Verbot.

Dann will der Staat noch mehr kontrollieren. In Australien spricht man jetzt sogar über ein Verbot von VPN.

Was ist das? VPN: Das ist ein Programm. Damit kann man so tun, als wäre man in einem anderen Land. So kann man Sperren umgehen.

Unser Fazit:

Ein Verbot wäre kein Fortschritt.

Es würde zeigen: Der Staat schafft es nicht, die Firmen zu kontrollieren. Darum bestraft er lieber die Nutzer*innen.

Dabei hat die EU schon gute Gesetze.

Jetzt müssen diese Gesetze endlich richtig benutzt werden.

Begründung

Zur Begründung: https://wolke.netzbegruenung.de/s/NGRd3Dzib2PC4Ni